

# Ärzttekammer-Chef beklagt „heimliche Rationierung“

Gesundheitsministerium will medizinische Versorgung auf „hohem Niveau“ halten

Bundesärztekammer-Präsident Jörg-Dietrich Hoppe beklagt, dass es in Deutschland bestimmte medizinische Leistungen nicht mehr für jeden Patienten gebe. „Nicht jeder Krebspatient bekommt heute das sehr teure Krebsmedikament“, sagte er in Frankfurt. Ärzte und Krankenhäuser stünden unter Budgetdruck und entschieden deshalb je nach Fall, bei welchem Patienten sich eine teure individuelle Behandlung besonders lohne. „Im deutschen Gesundheitswesen wird heimlich rationiert, weil nicht genügend Geld zur Verfügung steht, um allen Menschen die optimale Therapie zu verschaffen“, sagte Hoppe.

Hoppe forderte Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) auf, eine offene Debatte darüber zu führen, welche Patienten und Krankheiten künftig mit welcher Priorität behandelt werden. „Diese Entscheidung muss die Politik treffen, nicht die Ärzteschaft.“ Eine Sprecherin Röslers wies darauf hin, dass es nicht Aufgabe des Ministeriums sei, eine solche Debatte zu führen oder darüber zu entscheiden. Das Ministerium stehe dafür, eine medizinische Versorgung auf hohem Niveau auch künftig zu erhalten. Eine „Priorisierung“ lehne der Gesundheitsminister „schon

aus ethischen Gründen“ klar ab. Ähnlich äußerte sich der GKV-Spitzenverband, die zentrale Interessenvertretung der gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen. „Es ist unverständlich, dass die Bundesärztekammer einer Rationierung das Wort redet, statt konstruktive Vorschläge für die Weiterentwicklung des Gesundheitswesens zu machen“, sagte dessen Sprecher Florian Lanz. Die Krankenkassen kämpften dafür, dass auch künftig alles, was medizinisch notwendig sei, finanziert werde. „Wir lehnen die Rationierung medizinisch notwendiger Leistungen strikt ab.“ Unterstützung erhielt Hoppe von Gesundheitsökonominnen und Medizinethikern. Die Diskussion über Rationierung im Gesundheitssystem muss jetzt geführt werden, sagte der Gesundheitsökonom Friedrich Breyer von der Universität Konstanz.

Das Wirtschaftswachstum verlangsamt sich, und die Menschen würden immer älter. „Wir schaffen es nicht mehr, den Zuwachs an medizinischem Wissen und Kosten durch unsere wachsende Wirtschaft zu finanzieren.“ Die Kölner Medizinethikerin Christiane Wopen sagte der Zeitung, dass es in Deutschland ein Tabu sei, darüber zu sprechen, welche Krankheiten



Bundesärztekammer-Präsident Jörg-Dietrich Hoppe.

mit welcher Priorität behandelt werden. Dieses Tabu sollte dringend aufgehoben werden, sagte Wopen, die auch Mitglied im Deutschen Ethikrat ist. Rösler solle diese Priorisierung auf seine Agenda setzen und öffentlich darüber debattieren. Rösler gab unterdessen bekannt, dass er die Regierungskommission zur Gesundheitsreform im Februar benennen will. „Ich werde dem Kabinett voraussichtlich im Februar einen Vorschlag zur Struktur der Kommission und zum Zeitplan der Kommissi-

sionsarbeit machen“, sagte Rösler der „Rheinischen Post“. Zudem machte er nähere Angaben für den Sozialausgleich bei der geplanten Gesundheitspauschale, die alle Versicherten unabhängig vom Einkommen zahlen sollen. Der für Geringverdiener geplante Steuerzuschuss solle „möglichst unbürokratisch, ohne Antragsverfahren“ eingeführt werden, so der FDP-Politiker. Anders als von einigen behauptet würden für den Steuerzuschuss „nicht zweistellige Milliardenbeträge“ fällig.

## Rechtsextreme in Aktion

Genehmigte Demonstration in Magdeburg

Zum 65. Jahrestag der Bombardierung Magdeburgs im Zweiten Weltkrieg sind am Samstag, 16. Januar, rund 1000 Rechtsextremisten durch die Stadt marschiert. Nach Angaben eines Polizeisprechers war die Demonstration genehmigt. Die Stadt und das lokale Bündnis gegen Rechts veranstalteten als Protest gegen den Missbrauch der Erinnerung eine „Meile der Demokratie“.

Unter dem Motto „Gesicht zeigen! Für ein demokratisches und tolerantes Magdeburg!“ wollten sie ein Zeichen gegen Rechtsextremismus setzen. Eine breite Resonanz von Besuchern auf die rund zwei Kilometer lange Aktionsmeile blieb jedoch aus. Zu einer Demonstration des linken Spektrums kamen nach Polizeiangaben rund 450 Menschen. Die Polizei hielt linke Gegendemonstranten auf Distanz. Einige der linken Demonstranten

versuchten, auf die vorgesehenen Route der rechten Demonstration zu gelangen. Sie seien von der Polizei zurückgedrängt worden, sagte der Sprecher weiter. Die erste „Meile der Demokratie“ war im vergangenen Jahr veranstaltet worden. Am 16. Januar 1945 waren bei der Bombardierung Magdeburgs durch alliierte Bomber tausende Menschen ums Leben gekommen, große Teile der Innenstadt wurden zerstört.

Rechtsextreme Gruppen versuchen immer wieder, die Erinnerung für ihre Zwecke zu missbrauchen. Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Hövelmann (SPD) sagte nach Angaben seines Ministeriums: „Die Neonazis, die heute vorgeben, um die bei diesen Luftangriffen getöteten Deutschen zu trauern, tragen die Saat des Hasses gegen andere Völker und gegen Andersdenkende fort.“

# Dieter Hundt erhält Ehrentitel „Professor“

Als „erfolgreicher Unternehmer und engagierter Vertreter der sozialen Marktwirtschaft“ geehrt

Ministerpräsident Günther H. Oettinger hat Dr. Dieter Hundt den Ehrentitel „Professor“ verliehen. Bei der Verleihung im Rahmen eines Empfangs am vergangenen Mittwoch (20. Januar 2010) in der Villa Reitzenstein in Stuttgart würdigte der Regierungschef die langjährigen und vielfältigen Verdienste Hundts: „Dr. Dieter Hundt ist eine herausragende Persönlichkeit der deutschen Wirtschaft. Er ist aber nicht nur einer der wichtigsten Repräsentanten der Arbeitgeber, sondern auch ein sehr erfolgreicher Unternehmer und sachkundiger Ratgeber für Politik und Gesellschaft.“

Wie kaum ein anderer vertritt Dr. Hundt den Gedanken der Sozialpartnerschaft glaubhaft und überzeugend“, sagte Ministerpräsident Oettinger in seiner Festansprache.

**Erfolgreicher Unternehmer und führender Repräsentant der Wirtschaft**

Hundt habe als Unternehmer die Herausforderungen der Globalisierung angenommen und aus einem „überschaubaren Werkzeugbauer“ eine international sehr erfolgreiche Unternehmensgruppe aufgebaut. Im eigenen Unternehmen hätte Hundt großen Wert auf fairen Umgang mit Gewerkschaften und Betriebsrat gelegt. Noch immer schlage sein Herz für mittelständische Strukturen und eigengeführte Unternehmen.

Seit 1988 sei Hundt, zunächst auf Landesebene, dann auch auf Bundesebene ein geschätzter und führender Repräsentant und Interessenvertreter der Wirtschaft. Als langjähriger Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sei er nachhaltig und beharrlich für Reformen am Arbeitsmarkt und in der Sozialpolitik eingetreten.

„Ihr profunder Rat ist in Politik, Wirtschaft, Verbänden und Gesellschaft sehr geschätzt. Durch Ihren großen Erfahrungsschatz, auch und gerade als mittelständischer Unternehmer, können Sie komplexe wirtschaftliche Zusammenhänge in wenigen Sätzen erklären und entsprechende Lösungsvorschläge aufzeigen. In der öffentlichen Diskussion verstehen Sie es wie kaum ein anderer, den Blick auf das Wesentliche zu lenken“, erklärte der Ministerpräsident.

**Engagierter Vertreter der sozialen Marktwirtschaft**

Hundt sei aber immer auch ein engagierter Vertreter der sozialen Marktwirtschaft. „Dr. Hundt will den Sozialstaat reformieren, so dass er den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts standhält“, sagte der Regierungschef. Durch seine Fähigkeit zum Ausgleich und seine Dialogbereitschaft habe er, vor allem durch die enge Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Politik, daran mitgewirkt, dass die wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland so verändert werden konnten, dass Wertschöpfung und Arbeitsplätze am Standort Deutschland gesichert worden seien. „Ob bei den Verhandlungen mit den Gewerkschaften um eine stärkere Flexibilisierung und Differenzierung der Tarifverträge oder die mittlerweile international beispielhaften flexiblen tariflichen Arbeitszeitgestaltung - Sie haben viel für den Wirtschaftsstandort Deutschland erreicht“, erklärte Oettinger.

Die von Hundt mitgestalteten Rahmenbedingungen des deutschen Arbeitsmarkts seien mitursächlich, dass der Arbeitsmarkt sich trotz der schwersten Wirtschaftskrise in der Nachkriegszeit im internationalen Vergleich bis dato als ausgesprochen stabil erwiesen habe.

Neben seinen unternehmerischen und verbandspolitischen Aufgaben habe Hundt sich immer auch ehrenamtlich für den Sport, für die Wissenschaften und im sozialen Bereich engagiert. Dies gelte in besonderem Maße für seine Heimatstadt Utingen.

**Wissenschaft, Forschung und Lehre aktiv unterstützt**

In zahlreichen Ehrenämtern habe sich Dr. Hundt aktiv für die Wissenschaft eingesetzt. Als Vorsitzender des Verbandes der Metallindustrie Baden-Württembergs e. V. (VMI) habe er mit dem VMI-Wissenschaftspreis den wissenschaftlichen Nachwuchs unterstützt.

Mit zahlreichen wissenschaftlichen Vorträgen und der Mitwirkung in wissenschaftlichen Veranstaltungen an der Universität Stuttgart bekenne er sich zur Zusammenarbeit von Grundlagenforschung und Wirtschaftspraxis. Die Allgäier-



Ministerpräsident Günther H. Oettinger (l.) hat Dr. Dieter Hundt (r.) den Ehrentitel „Professor“ verliehen. Bei der Verleihung im Rahmen eines Empfangs am 20. Januar 2010 in der Villa Reitzenstein in Stuttgart würdigte der Regierungschef die langjährigen und vielfältigen Verdienste Hundts. (Quelle: Staatsministerium Baden-Württemberg)

Werke seien auch Projektpartner bei Drittmittel-Forschungsvorhaben der Universität. Für die nachhaltige Förderung von Forschung und Lehre sei ihm von der Universität Stuttgart die Würde eines Senators Ehrenhalber verliehen worden. „Dr. Hundt hat auch als Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) die wissenschaftliche Arbeit konstruktiv begleitet und zahlreiche Impulse für laufende und künftige Forschungsarbeiten gegeben“, erklärte Oettinger. „Die heutige Ehrung durch Ihr Heimatland darf durchaus so verstanden werden, dass wir uns von Ihrem Rat und Ihrer Unterstützung noch einiges erhoffen. Für Ihre großen Verdienste danke ich Ihnen im Namen des Landes Baden-Württemberg“, unterstrich der Ministerpräsident.

## Interessante Ausstellung

„Nibelungenhandschriften“ in Karlsruhe

Die im vergangenen Jahr zum DUNESCO-Weltdokumentenerbe erklärte „Nibelungenlied-Handschrift C“ wird vom 28. - 31. Januar 2010 in einer Sonderausstellung in der Badischen Landesbibliothek zu sehen sein. „Die Entscheidung der UNESCO unterstreicht die herausragende Bedeutung der Handschrift für unser kulturelles Erbe. Sie ist die älteste und für die Überlieferung des Nibelungenlieds wichtigste Handschrift. In der Sammlung der Badischen Landesbibliothek nimmt sie einen herausragenden Rang ein.“

Dies sagte Kunststaatssekretär Dr. Dietrich Birk am 21. Januar 2010, vor Medienvertretern in Karlsruhe. Dass die Handschrift nun für meh-

rere Tage in Karlsruhe der Öffentlichkeit gezeigt wird, ist Birk zufolge eine Besonderheit.

Die Handschrift sei wegen ihres besonderen Wertes und aus konservatorischen Gründen nur selten öffentlich zu sehen, zuletzt im Jahr 2004 in einer gemeinsamen Ausstellung der Badischen Landesbibliothek mit dem Badischen Landesmuseum.

„Die Entscheidung des UNESCO-Komitees zeigt einmal mehr, wie richtig es war, die Handschrift im Jahr 2001 für Baden-Württemberg zu erhalten. Mit seiner reichhaltigen Sammlung deutschsprachiger mittelalterlicher Handschriften ist die Badische Landesbibliothek der ideale Standort für das Nibelungen-Lied“, so der Staatssekretär.

## Handwerker bei Merkel

Umfangreiche Renovierungen im Kanzleramt



Bundeskanzleramt in Berlin.

Neun Jahre nach dem Erstbezug muss das Berliner Kanzleramt umfassend renoviert werden. Seit Mitte Januar sind nach Angaben eines Regierungssprechers die Handwerker im Haus. Ab März muss deswegen auch Kanzlerin Angela Merkel ihr geräumiges Büro im siebten Stock des Hauses für rund sieben Wochen räumen. Die Handwerker müssen den Angaben zufolge unter anderem neue Fußböden verlegen, die Haustechnik

ausbessern, Kabelanlagen erneuern und Malerarbeiten erledigen. Die Arbeiten im Haus sollen bis ins nächste Jahr dauern. Seit dem Erstbezug im Mai 2001 hätten sich zahlreiche kleinere und größere Mängel angesammelt, dies sollen nun auf einen Schlag

behoben werden. Unklar ist derzeit noch, wer letztlich für die Kosten aufkommen muss. Die „Bild“-Zeitung berichtet, in dem 12.000 Quadratmeter großen Gebäude am Spreebogen hätten Sachverständige auch Brandschutzmängel festgestellt, zudem tropfte es in der Tiefgarage von der Decke, in einige Büros regne es sogar manchmal hinein. Die Baukosten für das Kanzleramt hatten rund 250 Millionen Euro betragen.